

## SICHERHEITSPOLITISCHE STANDORTBESTIMMUNG

Entwicklungen und Perspektiven 1992/93

### Inhalt

	<b>Sicherheitspolitische Perspektiven für die Schweiz</b>	S. 1
<b>1.</b>	<b>Allgemeine Entwicklungen</b>	
1.1.	Internationales System und "Neue Weltordnung"	S. 3
1.2.	Entwicklung der Weltwirtschaft	S. 4
1.3.	Strategische Nuklearwaffen	S. 5
1.4.	Streitkräfte Ost- und Westeuropas	S. 7
1.5.	Rüstungsproduktion, Waffenhandel und Proliferation	S. 9
1.6.	Spionage	S. 11
1.7.	Terrorismus und politischer Extremismus	S. 12
1.8.	Organisiertes Verbrechen	S. 12
1.9.	Umweltgefahren und -risiken	S. 13
1.10.	Implikationen der Migrations- und Fluchtbewegungen	S. 15
<b>2.</b>	<b>Regionale Entwicklungen</b>	
2.1.	Europäische Sicherheitsstrukturen	S. 17
2.2.	Krieg in Ex-Jugoslawien	S. 18
2.3.	Die Lage in Ost- und Ostmitteleuropa	S. 20
2.4.	Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten	S. 21



## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 1

## Sicherheitspolitische Perspektiven für die Schweiz

### *Allgemeine Wertung des machtpolitischen Umfeldes und der internationalen Beziehungen*

Mit einer entscheidenden Stabilisierung des machtpolitischen Umfeldes der Schweiz kann in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden. Die gemeinsame Basis grundsätzlicher Werte (Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit usw.), die in den letzten Jahren in der KSZE erarbeitet wurde, erweist sich noch als wenig tragfähig. Eine weitere Vermehrung und Ausweitung der Konflikte im Osten Europas und ausserhalb Europas ist wahrscheinlich. Die Uno und die USA als Ordnungsfaktoren sind nicht immer in der Lage, Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten. Sie müssen sich mehr und mehr mit friedenserhaltenden und humanitären Aktionen begnügen. In Europa sind eine neue Sicherheitsarchitektur und die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems und einer gemeinsamen Verteidigung weiter in die Ferne gerückt. Einzelne institutionelle Verbesserungen möglicher Träger eines solchen Systems brachten keine entscheidenden Fortschritte; die Interessenslage ist zu verschieden und das Risiko militärischer Eingriffe hoch.

In absehbarer Zeit ist nicht mit grossräumigen kriegerischen Konflikten zu rechnen. Trotz den Abrüstungsbestrebungen sind aber weiterhin riesige Rüstungspotentiale vorhanden, und die qualitative Rüstung geht weiter. Angesichts ihrer Eskalationsmöglichkeiten bleiben die regionalen Konflikte deshalb eine Gefahr für den Frieden auch in unserem Land. Mit indirekten Folgen ist in zunehmendem Masse zu rechnen.

### *Migration und Asylwesen und ihre Sekundärwirkung*

Kurzfristig dürfte der Zustrom der Asylbewerber in die Schweiz sich etwa auf dem gleichen Niveau bewegen wie 1992. Die im Asylbereich eingetretene innenpolitische Entspannung dürfte trotz Arbeitslosigkeit im Prinzip vorläufig anhalten. Vorbehalten bleibt allerdings eine plötzliche Ausweitung des Krieges in Ex-Jugoslawien oder die Verschärfung der Lage in anderen Ostländern, aber auch in Drittweltstaaten.

Mittelfristig ist mit einer demographisch und wirtschaftlich begründeten kontinuierlichen Zunahme der Zuwanderung vor allem aus Nahost, Asien und Afrika zu rechnen, und langfristig künden die Demographen Einwanderungsströme grossen Ausmasses in die ganze industrialisierte Welt an.

Mit folgenden Sekundärwirkungen für die Schweiz muss gerechnet werden:

- zunehmende Schwierigkeiten bei der Integration von Ausländern (islamischer Fundamentalismus),
- zunehmende Kriminalität (Drogen, Waffenhandel),
- zunehmende extempolitisch motivierte gewalttätige Auseinandersetzungen fremder ethnischer Gruppen auf unserem Gebiet,
- zunehmende Akzeptanzprobleme von Asylsuchenden bei Teilen der Bevölkerung.

Mittelfristig könnten diese Auswirkungen in der Schweiz Dimensionen annehmen, die mit normalen (polizeilichen) Mitteln kaum mehr zu kontrollieren sind. Langfristig und global sind infolge der Migration machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen Regionen unterschiedlichen Wohlstandes zu befürchten.

## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 2

---

*Erpressung, Spionage, Terrorismus und organisiertes Verbrechen*

Trotz Nonproliferationsverträgen und Abkommen über C-Waffen-Verbote sowie weiteren Waffenexportbeschränkungen nimmt die Fähigkeit vor allem von Drittweltländern zum Einsatz von weitreichenden ABC-Waffen zu. Auch für unser Land wächst mittelfristig das Risiko einer atomaren Erpressung.

Die Ausforschung militärischer Geheimnisse verliert an Bedeutung. Im Vordergrund steht die Spionage von Innovationen in Wirtschaft und Technik. Davon ist auch die Schweiz als Dienstleistungs- und Industriestandort betroffen. Im Bereich des internationalen Terrorismus nehmen die Gewaltakte zu; im Hintergrund stehen Minderheitenprobleme, ethnische oder religiöse Konflikte. Die Gefahr dürfte zunehmen, dass diese Gewalt durch Migration und Asylbewerber auch in die Schweiz getragen wird. Für die Entwicklung einer schweizerischen Terrorszene bestehen dagegen vorderhand keine Anzeichen.

Weltweit ist ein steter Zuwachs von Macht und Einfluss krimineller Organisationen festzustellen. Grundlage dieses organisierten Verbrechens ist der Drogenhandel als lukrativste Form der Kriminalität. Die Schweiz spielt dabei nicht mehr nur die Rolle eines Transitlandes, sondern wird zunehmend im Konzept eines europäischen Absatzmarktes und als Dienstleistungs-Drehscheibe integriert.

*Natur- und zivilisationsbedingte Risiken und Gefahren*

Die globalen Umweltprobleme, verstärkt durch die rasch wachsende Bevölkerung vor allem in den Entwicklungsländern, nehmen weiter zu. Sie erhöhen das innere und äussere Konfliktpotential der Staaten sowie den Migrationsdruck auf die industrialisierten Länder der nördlichen Halbkugel. Die zunehmende Zerstörung der Biosphäre zeichnet sich immer deutlicher ab. Die konkreten Lösungsansätze sind bis jetzt sehr bescheiden. Ein unmittelbares Risiko für ganz Europa geht von den Kernkraftwerken in den ehemaligen kommunistischen Staaten aus. Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird sich in absehbarer Zeit ein AKW-Unglück des Typs Tschernobyl wiederholen.

*Aussenpolitische Konsequenzen*

Im Ausland wird der Sinn der Neutralität der Schweiz zunehmend weniger einsichtig. Trotzdem dürfte sie nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden, solange die Schweiz ihre sicherheitspolitischen Verpflichtungen (bewaffnete Neutralität) erfüllt, an internationalen Massnahmen zur Friedenserhaltung und Friedensförderung mitwirkt und zur Partizipation bei der Lösung globaler Probleme bereit ist. Vermehrt wird sich unser Land mit Fragen der Beteiligung an internationalen Sanktionen sowie der Anerkennung neuer Staaten, aber auch der Unterstützung militärpolizeilicher Aktionen (Überflugrechte usw.) auseinandersetzen müssen und dabei finanziell und personell gefordert werden.

## 1. Allgemeine Entwicklungen

### 1.1. Internationales System und "Neue Weltordnung"

Seit dem Untergang der Sowjetunion ist das internationale System durch **drei strategische Beziehungsfelder und deren Zusammenwirken** untereinander gekennzeichnet.

**Das Ende der bipolaren Weltordnung** war das unmittelbare Resultat des Zusammenbruchs der sowjetischen Herrschaft. Als einzige globale Ordnungsmacht sind seither die USA allein imstande, weltweite Verantwortung zu übernehmen und materiell durchzusetzen. Dieser Umstand hat sich positiv auf die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen ausgewirkt. Nicht schlüssig zu beantworten ist die Frage, wieweit diese ein Instrument amerikanischer Politik geworden ist. Mit der - wie bereits der Golfkrieg - weitgehend von den USA getragenen Operation in Somalia wurde erneut die relativierte Bedeutung der staatlichen Souveränität im gegenwärtigen internationalen System offenbar. In diesem Fall hatte sie hinter vordringlichen humanitären Erwägungen zurückzustehen. Die Lage im Balkan und im Nahen Osten zeigt indessen die Grenzen des amerikanischen Einflusses und der Wirksamkeit der Vereinten Nationen auf.

**Die Entstehung neuer politischer und wirtschaftlicher Machtzentren** illustriert jedoch die nicht-hegemoniale Stellung der USA. Deutschland, eingebunden in die EG, und Japan machen den USA auf wirtschaftlichem Gebiet die politische Führungsrolle streitig. Im Rahmen der G-7 bemühen sich die sieben reichsten Industriestaaten, die untereinander auch scharfe wirtschaftliche Konkurrenten sind, um Einigkeit in der Aufrechterhaltung einer dem internationalen Handel dienenden Weltordnung. Das Hineinwachsen der G-7 in die Rolle eines Weltdirektoriums wird nicht nur durch die politische Schwäche der EG mit ihrer wirtschaftlichen Führungsmacht Deutschland sowie Japans, sondern auch durch den Umstand, dass Russland und China als ständige Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates in diesem Führungsinstrument nicht vertreten sind, gehemmt. Damit besteht aber auch keine Mächtekonstellation, die als Ordnungsfaktor die Stabilität und Sicherheit des internationalen Systems weltweit gewährleisten könnte. Regionale Konflikte bleiben daher, namentlich auch angesichts des enormen Ost-West-Gefälles, eine dauernde Gefahr für den Weltfrieden.

**Die Nord-Süd-Frage** ist durch diese Veränderungen drängender geworden. Das Ende der strategisch oder ideologisch begründeten Präsenz der Supermächte hinterlässt instabile Staatswesen, die sich in kriegerischen Auseinandersetzungen lokaler Potentaten auflösen und zerfallen (Liberia, Somalia). Das Fehlen einer staatlichen Ordnung verschärft die Auswirkungen der oft katastrophalen Wirtschaftslage der Entwicklungsländer. Trotz einiger ermutigender Demokratieversuche ist die südliche Hemisphäre eine Gegend von grosser Instabilität und Konfliktrichtigkeit. An der Berührungsfläche zwischen Nord und Süd erstarkt der islamische Fundamentalismus, in einer Region, die gleichzeitig als grösste Produzentin von Energieträgern von höchster strategischer Bedeutung ist.

Bei Jahresbeginn 1993 wurden **mit Waffen weltweit 26 Konflikte** ausgetragen, die entweder Auseinandersetzungen zwischen souveränen Staaten oder Bürgerkriege sind. Hinzu kommen 23 Konfliktherde, die knapp unterhalb der eigentlichen Kriegsschwelle liegen. Die Mehrheit dieser Konflikte bilden ethnische und nationalistische Auseinandersetzungen über Grenzziehungen und Zugänge zu Rohstoffen. Die Tendenz einer Multiplizierung von Akteuren, Konfliktherden, -ursachen und -mitteln bei gleichzeitigem Zerfall von Staatlichkeit hat seit dem Ende des Kalten Krieges auch 1992 zugenommen. Angesichts des zunehmenden Ost-West- und Nord-Süd-Gefälles bleiben diese regionalen Konflikte eine Gefahr für den Frieden in Europa und der Welt.

## 1.2. *Entwicklung der Weltwirtschaft*

Die Entwicklung im Jahre 1992 hat ein **wachsendes Wirtschaftsgefälle unter Industrieländern, Entwicklungsländern und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion** aufgezeigt. Die Industrieländer mühen sich weiterhin mit der Schwierigkeit ab, eine hohe Wachstumsrate zu erzielen und ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die Länder der Dritten Welt weisen zunehmend unterschiedliche Entwicklungstendenzen auf: Gewisse Länder erzielen substantielle Wachstumsraten (Südostasien), während andere stagnieren oder schrumpfen (Afrika). Was die ost- und mitteleuropäischen Länder betrifft, die ihren eigenen Weg in die Marktwirtschaft zu gehen versuchen, so werden sie noch etliche Zeit die Altlasten des Zusammenbruches eines dirigistischen Wirtschaftssystems zu bewältigen haben. Die Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen Ländern und Regionen finden auch Niederschlag in der zunehmenden Instabilität der internationalen Finanz- und Währungsordnung.

Die im Wirtschaftsbereich geführten Verhandlungen und erzielten Abkommen haben 1992 einige **neue Perspektiven** bezüglich der **Marktöffnung** und der **verstärkten Zusammenarbeit** zwischen den wichtigsten Akteuren der Weltwirtschaft aufgezeigt (Realisierung des Binnenmarktes innerhalb der EG, EWR-Abkommen, Nordamerikanisches Freihandelsabkommen, Vertrag von Maastricht, Abkommen zwischen der EG und den Staaten Osteuropas). Trotzdem stellen sie immer noch keine genügend feste Grundlage für internationale Wirtschaftsbeziehungen dar, um die Konflikte zu entschärfen, welche wiedererstandene Nationalismen erneut zu entfachen drohen.

Die Industrienationen sind sehr darauf bedacht, günstige Rahmenbedingungen für ihr wirtschaftliches Wachstum aufrechtzuerhalten. Sie streben danach, unter sich die vertragliche Vernetzung zu verdichten und den Handel zu fördern. Doch in der gegenwärtigen Rezessionsperiode, von der die ganze Weltwirtschaft betroffen ist, häufen sich **Anzeichen eines neuen Protektionismus**. Die Liberalisierungsbemühungen im Rahmen der Uruguay-Runde des Gatt treten an Ort und die nicht-tarifären Massnahmen - oft undurchsichtig und diskriminierend - breiten sich tendenziell aus. Heute zählt man etwa 250 Vereinbarungen über sogenannte freiwillige Handelsbeschränkungen, insbesondere in den Sektoren Textilien, Automobilen, Stahl und elektronische Ausrüstungen. Auf der anderen Seite schränkt das wachsende Missverhältnis zwischen

## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 5

grossen und kleinen Volkswirtschaften den Handlungsspielraum von Kleinstaaten ein. So hat die Schweiz im Rahmen des Gatt grössere Schwierigkeiten als zuvor, ihre speziellen agrarpolitischen Interessen zu verteidigen.

Bei der **Rohstoffversorgung** sind im vergangenen Jahr keine besonderen Schwierigkeiten aufgetreten. Im Anschluss an eine im Februar 1992 von der Internationalen Energieagentur organisierten Zusammenkunft, verzeichnet man im Erdölsektor eine Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Produzenten- und Abnehmerländern. Trotz ihres jährlichen Gipfeltreffens ist es den sieben führenden Industrieländern - den Vereinigten Staaten, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien, Grossbritannien und Kanada - nicht gelungen, neue **weltwirtschaftliche Aussichten** zu öffnen. Investoren und Konsumenten erwarten jedenfalls - ausgenommen in den Vereinigten Staaten - für 1993 eine Verschlechterung der Lage. Zwischen den Hauptakteuren sind neue Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden wirtschaftspolitischen Weg aufgetreten: Sie betreffen das Ausmass von Zinssenkungen (Kritik an die deutsche Bundesbank), die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen den EG-Mitgliedstaaten (strittige Ratifizierung der Maastrichter Verträge) und die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Liberalisierungsgrades im Welthandel (erste Zeichen eines wachsenden Protektionismus der Vereinigten Staaten seit dem Amtsantritt der Regierung Clinton).

### 1.3. **Strategische Nuklearwaffen**

**Generell** betrachtet ist das Potential an nuklearen Waffen nur geringfügig abgebaut worden; während das Risiko eines gewollten nuklearen Schlagabtausches praktisch nicht mehr besteht, hat das Risiko eines nuklearen Unfallereignisses zugenommen. Im Abrüstungsbereich hat man mit Start 2 eine Obergrenze erreicht, so dass in nächster Zukunft keine neuen Verhandlungen zu erwarten sind.

In der **ehemaligen Sowjetunion** besteht weiterhin noch Unklarheit über die tatsächliche Kontrolle der nuklearen Waffen. Die der sogenannten "strategischen Dissuasion" dienenden Streitkräfte sind im Prinzip unter die Kontrolle der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) gestellt worden (Interkontinentalraketen, U-Boote, strategische Bomber), doch immer mehr scheint die GUS eine juristische Fiktion ohne tatsächliche Gewalt zu werden.

Die **Ukraine, Belarus und Kasachstan** haben sich zweimal verpflichtet, dem Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen beizutreten: das erste Mal am 21. Dezember 1991 in Alma-Ata und das zweite Mal am 23. Mai 1992, als sie mit der Unterzeichnung des "Protokolls von Lissabon" Partner des Start-1-Vertrags wurden. Im Moment haben allerdings erst die Parlamente von Belarus und Kasachstan (neben denjenigen der USA und Russlands) den Start-1-Vertrag ratifiziert. Die Ukraine will diesen Schritt nur unter der Bedingung wirtschaftlicher und politischer Unterstützung und gegen eine Garantie ihrer Sicherheit tun. Die Nicht-Ratifikation von Start 1 blockiert auch die Ratifikation von

## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 6

Start 2 durch Russland und die USA. Das Start-2-Abkommen hätte zur Folge, dass Russland seine nuklearen Sprengköpfe auf etwa 3'000 reduzieren würde (was unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und politischen Lage Russlands an der Grenze seiner Möglichkeiten liegt). Eine Ratifikation dieses Vertrages durch das russische Parlament scheint aber gegenwärtig wenig wahrscheinlich zu sein.

In den **Vereinigten Staaten** sind die strategischen Streitkräfte in einer Phase der Restrukturierung. 1992 wurde ein "US Strategic Command" (STRATCOM) geschaffen, das künftig für die Zielplanung und die Kontrolle über die nuklearen Streitkräfte verantwortlich ist. Gewisse Komponenten dieser Streitkräfte wurden im Hinblick auf eine Start-1-Umsetzung aufgelöst. Gemäss Start-2-Vertrag, der noch nicht ratifiziert worden ist, würde die Zahl der nuklearen Sprengköpfe auf 3'500 reduziert werden. 1992 musste die Produktion von nuklearen Sprengköpfen aus Sicherheits- und Umweltschutzgründen vorläufig eingestellt werden. Es wird mehrere Jahre dauern, bis diese Produktion wieder aufgenommen werden könnte.

Im Zuge der Bestandesreduktion ihrer nuklearen Streitmacht verbessern **Frankreich** und **Grossbritannien** ihr strategisches Nukleararsenal weiter. In Frankreich befinden sich zwei U-Boote der Klasse "Triomphant" im Bau, und es ist geplant, noch zwei weitere auf Kiel zu legen. Im April 1992 hat Frankreich die nuklearen Versuche für ein Jahr eingestellt; am 3. August folgte der Beitritt zum Atomsperrvertrag. In Grossbritannien ist im März 1992 das erste U-Boot der Klasse "Vanguard" vom Stapel gelaufen, es soll bis Ende 1994 operationell einsatzfähig sein. Zwei weitere U-Boote dieses Typs sind im Bau, und die Regierung hat im Juli 1992 ein viertes in Auftrag gegeben. Mit welcher Anzahl nuklearer Sprengköpfe die "Trident"-Trägerraketen der U-Boote bestückt werden sollen, ist noch nicht bekanntgegeben worden.

**China**, selbst im Besitze von Nuklearwaffen, hat 1992 den Atomsperrvertrag unterzeichnet. **Indien** und **Pakistan** geben sich für den Augenblick mit ihrer nuklearen Kapazität zufrieden, gleichermassen offenbar auch Südafrika. **Nord-Korea**, **Iran** und **Algerien** stehen unter Verdacht, dass sie ein Entwicklungsprogramm für nukleare Waffen verfolgen; Israel soll schon solche besitzen. Zahlreiche Länder (wie z.B. Deutschland und Japan) könnten dank ihren zivilen nuklearen Kapazitäten ohne Schwierigkeiten auch entsprechende militärische Kapazitäten aufbauen.

Ganz generell ist schliesslich festzuhalten, dass die **Rüstungskontrolle** ihre Grenzen erreicht und sich erschöpft hat (zur Frage der Proliferation vgl. Kapitel 1.5.).

## 1.4. Streitkräfte

### Osteuropa

Der militärpolitische Bereich in Osteuropa befindet sich in einem länger andauernden Umbruch, in dem unter anderem folgende Faktoren von Bedeutung sind:

Die infolge der zentrifugalen Entwicklung im politischen Bereich eingetretene **Fraktionierung der Militärmacht** und die daraus folgende Vermehrung militärischer Organismen führt naturgemäss zu einer **Erhöhung der Wahrscheinlichkeit militärischer Gewaltanwendung auf tiefem Niveau** infolge erhöhter Reibungsfläche. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und des nachlassenden ideologischen Drucks werden die **Militärpotentiale verringert** und durch den Rückzug der ehemaligen Sowjetstreitkräfte **nach Osten verschoben**. Durch die aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr mögliche Modernisierung wird es in einigen Jahren zur **Herausbildung grösserer Ungleichgewichte** kommen. Unwägbar Risiken birgt der **Zerfall des gesellschaftlichen Wertesystems**; eine Einbindung des Militärbereichs in demokratische Strukturen ist bisher nur jenen Staaten gelungen, die vor dem kommunistischen Regime schon eine gewisse demokratische Tradition gekannt haben (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn).

Aufgrund geopolitischer, historischer, sozialer und kultureller Unterschiede beginnen sich die **militärpolitischen Entwicklungsmöglichkeiten** der osteuropäischen Staaten immer stärker zu differenzieren.

Das militärpolitische Ziel der Institution der **GUS** - Erhalt eines einheitlichen geostrategischen Raumes unter russischer Hegemonie - ist klar als nicht erreicht anzusehen. Die verbliebenen Mittel (strategische Rakentruppen etc.) befinden sich allerdings faktisch unter russischer Kontrolle.

**Russland** hat als selbsternannte Rechtsnachfolgerin der UdSSR mit dem Gros der Sowjetarmee einschliesslich Auslandkontingente auch zahlreiche Probleme übernommen, so etwa die hohen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Konversions- und Reduktionskosten. Der Verlust der Kontinuität und Homogenität der Streitkräfte (der Herbststeinberufung 1992 folgten nur ein Viertel der Dienstpflichtigen) könnte auch zu einem politischen Problem werden. Die drei "kleinen" GUS-Nuklearmächte **Ukraine, Weissrussland und Kasachstan** wollen erklärterweise auf strategische Streitkräftekomponenten verzichten und nur regionale Militärmächte bleiben; die Ukraine scheint von dieser Aussage neuerdings wieder abzurücken (Nuklearfrage). Die kleinen GUS-Mitglieder **Moldawien, kaukasische und mittelasiatische GUS-Republiken**, einschliesslich Georgien und Aserbaidschan, sind alle im Begriff, mit Hilfe des erhaltenen sowjetischen Materials eigene Nationalgarden und Streitkräfte von bis zu einigen zehntausend Mann aufzustellen.

Im geostrategisch wichtigen Raum der **Baltischen Staaten** ist infolge der schlechten Wirtschaftslage und zum Teil innenpolitischer Probleme mit namhaften, gutgerüsteten militärischen Verbänden, die über den Status von Polizeiverbänden hinausgehen, noch auf Jahre hinaus nicht zu rechnen.



## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 8

In den **ostmitteleuropäischen Staaten** Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn können die sich aus der "Wende" ergebenden Reduktions- und Redislozierungsvorhaben als praktisch abgeschlossen betrachtet werden. Nur zum Teil abgeschlossen, aber deutlich als defensiv erkennbar sind die neuen Wehrdoktrinen und ihre Implementierung. Die Verteidigungsfähigkeit ist nur mit Einschränkungen gegeben. In den **Balkanstaaten** - mit der möglichen Ausnahme von Bulgarien - wurde der sich aus der "Wende" ergebende Reformbedarf als relativ gering eingestuft, weil Machtstrukturen des alten Systems weitgehend erhalten blieben und sich damit auch die Stellung und Bedeutung des Militärs wenig veränderte (Rumänien), oder weil sie dank peripherer Lage bereits innerhalb des Warschauer Paktes relativ grosse Autonomie genossen. Lücken im Bereich der Doktrin werden nach und nach geschlossen.

### **Westeuropa**

Bei den westeuropäischen Streitkräften, einschliesslich derjenigen der USA, ist die **generelle Tendenz** einer allgemeinen **Bestandesreduktion** von 15% bis zu 50% festzustellen; begleitet wird diese von einer **umfassenden Reorganisation** der Streitkräfte wie auch von einer **Neudefinition der Strategien und Grundaufträge**, sowohl im nationalen Rahmen wie auch im Rahmen militärischer Bündnisse. Obgleich diese Reduktionen direkte Konsequenzen einer Umsetzung der Verträge über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) sind, zeigen sie doch auch die von Land zu Land unterschiedlichen Auswirkungen:

- von Rücksichten auf das Haushaltsbudget,
- von Spannungen zwischen nationalen Militärorganisationen,
- von unterschiedlichen nationalen Lageanalysen und geostrategischen Interessen,
- von tatsächlichen oder erstrebten Rollen im internationalen System.

Ein Grossteil der Reorganisationspläne der westlichen Armeen sehen zur Realisierung der neuen Konzepte Fristen von fünf, zehn oder noch mehr Jahren vor, und bei einigen hängt der Beginn, die Fortführung oder Veränderung jener Reorganisations- und Reduktionspläne erst noch von einer entsprechenden parlamentarischen Entscheidung ab.

Folgende **kennzeichnende Veränderungen**, die kaum vor dem Jahr 2'000 abgeschlossen sein werden, bahnen sich zurzeit an:

- Aufstellung einer vollständig **professionalisierten Kerntruppe**, die ohne Zeitverzug einsetzbar (Reaktionsstreitkräfte) und grundsätzlich über Lufttransportmittel mobil wäre (zumindest Teile davon) sowie zwecks Verstärkung gegebenenfalls auf Reservisten zurückgreifen könnte.
- **Neuausrichtung der Einsatzdoktrinen** nach einer Defensivstrategie. Die Reaktionsstreitkräfte, zusammengesetzt aus Gruppen, die den Kampf mit verbundenen Waffen führen, bilden im Einsatzraum Schwergewichte; obschon damit die alten Prinzipien der Vorwärts- und Linienverteidigung aufgegeben werden, will man auf einen möglichen Einsatz von Nuklearwaffen nicht verzichten.

## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 9

- 
- **Neue Aufträge**, die sich aus der internationalen Lage ergeben, wie z.B. humanitäre oder friedenserhaltende Aktionen, werden immer häufiger von Spezialeinheiten ausgeführt, die durch eine besondere Ausbildung geschult sind; ihre Ausrüstung soll leichter und standardisiert werden.
  - Die Staaten, welche die **allgemeine Wehrpflicht** kennen, werden im Rahmen von Dienstpflichtreduktionen ihre Truppenkörper zunehmend professionalisieren; so ist schon in Belgien auf Ende 1994 und in den Niederlanden auf 1998 eine Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht vorgesehen.
  - Durch die Reduktion stehender Truppen und die Aufhebung gewisser Einheiten kann die **Feuerkraft** einzelner bestehender Elemente **modernisiert und erhöht** werden; besonders in Bezug auf gewisse Führungssysteme (C<sup>4</sup>I) gilt es aufgrund entscheidender Entwicklungen im Budget klare Schwerpunkte zu setzen: sei es im Bereich der Übermittlung oder Beobachtung via Satelliten, sei es im Bereich der elektronischen Aufklärung oder der elektronischen Kriegführung (EKF).
  - Die **neuen Doktrinen und neuen Aufträge** bedingen gleichermaßen enorme Anstrengungen im Bereich der Logistik, insbesondere bei den Lufttransportkapazitäten, wo zur Kostensenkung die dazu notwendigen Mittel (Flugzeuge, Helikopter) immer mehr mit Hilfe multinationaler Programme entwickelt werden.
  - Trotz allen Budgetkürzungen wird das **Material fortlaufend ausgeklügelt**; selbst wenn schliesslich die Zahl der hergestellten Einheiten nach unten korrigiert wird, hat bis zum heutigen Tag noch kein Staat definitiv auf ein konventionelles Waffensystem verzichtet, das nicht schon geplant gewesen ist. Haushaltspolitisch wird der Ausweg in erster Linie über den Verzicht auf weniger wichtige Ausrüstungen oder über die Verringerung der Betriebs- und Infrastrukturkosten gesucht.

Mittelfristig sollten die allgemeinen Entwicklungstendenzen nicht wesentlich von den derzeit zu beobachtenden Veränderungen abweichen - es sei denn die internationale Lage ändere sich schlagartig und grundlegend. Doch die Reformvorhaben sind schon so weit gediehen, dass sie nicht einfach von einem Tag auf den anderen gestoppt werden könnten.

### 1.5. *Rüstungsproduktion, Waffenhandel und Proliferation*

Die weltweite Abnahme der internationalen Waffengeschäfte hat vor allem die unter **Kapazitätsüberhängen leidenden osteuropäischen Rüstungsindustrien** hart getroffen. Der Rückgang der Waffenexporte ist auf folgende **Hauptgründe** zurückzuführen:

- abnehmender Mittelbedarf, insbesondere bei den Streitkräften Europas,
- veränderte osteuropäische Rüstungsexportpolitik,
- Wegfall potentieller Waffenkunden wie Irak, Angola, Afghanistan usw.,
- zunehmende Eigenproduktion in neu entstehenden Produktionsländern,
- ökonomische und finanzielle Schwierigkeiten potentieller Empfängerländer.

Die sich schwergewichtig auf Russland konzentrierende **ehemalige sowjetische Rüstungsindustrie** befindet sich nach wie vor in einer schweren Krise, deren Ende

noch nicht absehbar ist. Seit 1988 ist ein kontinuierlicher Rückgang bei der Produktion von Waffen und militärischer Ausrüstung festzustellen.

Während die USA in den Jahren 1989 bis 1991 ihren Exportanteil ungefähr halten konnten, sind Waffenlieferungen aus der GUS-Rüstungsindustrie in dieser Zeitspanne stark zurückgegangen. Die GUS-Staaten (allen voran Russland) haben aber deutlich gemacht, dass sie den Waffenexport weiterhin als ein unerlässliches Instrument zur Erzielung von Deviseneinnahmen sehen. Mit der Erhaltung einer starken Rüstungsindustrie und mit einem expandierenden Waffenexport soll ein Ausweg aus der Wirtschaftskrise gefunden werden.

**Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und modernster Rüstungstechnologie in Staaten der Dritten Welt** könnte in den nächsten Jahren zu einer der Hauptgefahren für die westlichen Industriestaaten werden. Der Zerfall der Sowjetunion und die parallel verlaufende Auflösung der meisten Kontrollorgane der ehemaligen UdSSR sowie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der neu entstandenen Staaten haben im Bereich der Proliferation Risikofaktoren hinzugefügt. Zurzeit ist nur in Ansätzen bekannt, welche Staaten Abnehmer von Technologie und von Know-how aus den GUS-Republiken sind; generell ist jedoch anzunehmen, dass Umfang und Anzahl der unkontrollierten Weiterverbreitung aus der GUS die bis jetzt gemachten Erkenntnisse um ein Vielfaches übertreffen. Zudem führt die Industrialisierung einzelner Entwicklungsländer unvermeidbar dazu, dass auch deren Fähigkeit steigt, moderne Waffensysteme und Massenvernichtungswaffen herzustellen. In der Regel stellt erst die Kombination verschiedener Technologien den Schlüssel zu einem neuen Waffensystem dar. Um ihr Ziel der technologischen Aufrüstung zu erreichen, stützen sich Staaten auf ein Netz von Lieferanten und kooperieren in Forschung und Entwicklung. Bei einer Weiterverbreitung ballistischer Technologie würde die Gefahr wesentlich erhöht, dass ein Konflikt in der Dritten Welt nicht nur regional eskaliert, sondern auch westliche Industriestaaten involviert; die westlichen Industriestaaten könnten u.a. mittels Terror und Erpressung in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt werden.

Die Weiterverbreitung von **chemischen und biologischen Waffen** stellt für die Industrienationen zurzeit ein relativ geringes Risiko dar. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Wirkung dieser Waffen, besonders gegen einen modern ausgerüsteten Gegner, relativ beschränkt ist. Umgekehrt können diese Waffen in regionalen Konflikten zwischen Staaten der Dritten Welt oder im Einsatz gegen die ungeschützte Zivilbevölkerung verheerende Folgen haben. Die breite Akzeptanz der in Paris im Januar 1993 unterzeichneten Chemiewaffenkonvention (138 Staaten haben die Konvention unterzeichnet) könnte die Weiterverbreitung von Chemiewaffen einschränken. Da jedoch die Mehrheit der arabischen Staaten die Unterzeichnung der Konvention, wegen des Nuklearpotentials Israels, verweigert hat, besteht mindestens im Nahen Osten vorerst weiterhin die Gefahr der Proliferation von C-Waffen.

Zurzeit ist davon auszugehen, dass etwa ein halbes Dutzend Staaten aus der Dritten Welt die Möglichkeit haben, **Nuklearwaffen** zu entwickeln. Die Implementierung der Start-Abkommen könnte zu einer Erhöhung der nuklearen Proliferationsgefahr beitragen: Während komplette Raketenysteme sperrig und nicht unauffällig verlegbar sind, lassen sich demontierte Zünder, Raketenantriebsstufen und waffenfähiges Nuklearmaterial jedoch leicht verschieben. Der Besitz von Nuklearwaffen kann aber für neue Nuklearmächte nur begrenzt von Nutzen sein, wenn sie nicht gleichzeitig auch über entsprechende Aufklärungs- und Frühwarnmittel verfügen. Daraus lässt sich

## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 11

---

ableiten, dass neue Nuklearstaaten ihre Waffen primär als politisches Mittel einsetzen dürften.

Trotz verschärften Ausfuhrbestimmungen werden die hochentwickelten Staaten nach wie vor zur Beschaffung von Technologie für die Herstellung von ABC-Waffen benutzt. Internationale Handelsplätze wie die **Schweiz** können dabei die **Funktion von Kanälen zur Abwicklung solcher Geschäfte** erfüllen. Zudem besteht die Gefahr, dass Technologie und Know-how unserer hochentwickelten Industrie in solche Staaten abfliessen. Daraus können sich unwägbare Gefahren für die äussere Sicherheit der Schweiz ergeben. Mit der seit dem 12. Februar 1992 in Kraft getretenen Verordnung des Bundesrates, die die Ausfuhr von Dual-use-Gütern regelt, wird zudem auch die Vermittlung von Material unterbunden, das der Proliferation dient.

### **1.6. Spionage**

Die **Ausforschung militärischer Geheimnisse** hat mit dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung an Bedeutung verloren. Infolge der Ungewissheit über zukünftige Entwicklungen wird nachrichtendienstliche Aufklärung aber weiter betrieben.

Wirtschaftliche Ungleichgewichte und ein härterer Konkurrenzkampf auf den internationalen Märkten verstärken tendenziell **Wirtschaftsspionage** und Ausforschung von Wissenschaft, Technik und Innovation.

Die **Schweiz** als Handelsplatz und Standort vieler Unternehmen der Spitzentechnologie muss auch in Zukunft wirtschaftlicher Ausforschung entgegensehen.

## 1.7. *Terrorismus und politischer Extremismus*

Der auf **ideologisch begründeter Gesellschaftskritik beruhende Terrorismus** hat infolge des Zusammenbruchs der kommunistischen Machtstrukturen in Osteuropa an **Bedeutung verloren**. Hingegen bleiben **weltweit Minoritätenprobleme**, ethnische und religiöse Konflikte und zwischenstaatliche Konfrontationen unterhalb der Kriegsschwelle als Auslöser extremistischer oder terroristischer Gewalt aktuell. Sie bewirken - verstärkt durch wirtschaftliche Ungleichgewichte - auch Migrationsströme in Richtung Westeuropa.

Für die **Schweiz** besteht bei dieser Ausgangslage die Gefahr, dass sie als **logistische Basis** für Terroroperationen benutzt oder selber **Zielobjekt** terroristischer Angriffe wird, und dass ungelöste Probleme via Migrationsströme in unser Land getragen werden und von hier aus zu gewalttätigen Einwirkungen in ihrem Heimatland führen.

Für die Entwicklung einer **schweizerischen Terrorszene** bestehen vorderhand keine Anzeichen. Namentlich lokal bestehen aber Potentiale für gewalttätige extremistische Aktionen im Bereich des Rechts- und des Ausländerextremismus, die zu Störungen und Gefährdungen des inneren Friedens führen können.

## 1.8. *Organisiertes Verbrechen*

### *Organisierte Kriminalität*

Wenngleich die Strukturen der organisierten Kriminalität in den meisten europäischen Staaten (inkl. Schweiz) noch nicht mit den hierarchisch gegliederten Organisationen südamerikanischer Rauschgiftkartelle oder traditionell gewachsenen Organisationen wie der Mafia und der Camorra verglichen werden können, lässt sich doch ein **steter Zuwachs von Macht und Einfluss krimineller Organisationen** feststellen. Nebst dem illegalen Betäubungsmittelhandel haben kriminelle Organisationen - geleitet vom Profitstreben - zunehmend auch die Herstellung und den Vertrieb von Falschgeld, den illegalen Waffenhandel, grosse Bereiche der Vermögenskriminalität und der gewerbsmässigen Hehlerei sowie lukrative Formen organisierter Wirtschaftskriminalität (z.B. betrügerische Warentermingeschäfte) in der Hand; auch das Nachtleben in städtischen Ballungsräumen wird u.a. mittels Schutzgelderpressungen, Betrieb illegaler Spielhöhlen, Zuhälterei etc. von Verbrechenorganisationen weitgehend beherrscht.

Die Gefährlichkeit solcher Verbrechenorganisationen, die zur **Durchsetzung ihrer Ziele** nicht nur professionell, sondern teilweise auch **äusserst gewalttätig** vorgehen, liegt im hohen Grad der Arbeitsteilung, der hierarchischen Organisationsstruktur mit wirksamen Durchsetzungsmechanismen sowie der weitgehenden Austauschbarkeit der einzelnen Straftäter. Eine hohe Delinquentenquote und zunehmende Brutalisierung war unter den Asylbewerbern aus Südosteuropa festzustellen. Über die unmittelbaren

Deliktschäden hinaus liegt die besondere Gefährlichkeit der organisierten Kriminalität in der **Einflussnahme** auf Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien etc.; insbesondere die **Reinvestition** der hohen finanziellen Gewinne - allein im Drogenhandel nimmt man (weltweit) illegale Einkünfte von Hunderten von Milliarden US-Dollar im Laufe der letzten zehn Jahre an - birgt die Gefahr einer Unterwanderung der legalen Wirtschaft und staatlicher Strukturen in sich.

### ***Drogenkriminalität***

Der **Drogenhandel** ist nicht nur die lukrativste Form der Kriminalität, sondern er bildet auch die **Basis für das organisierte Verbrechen**. Im Verlaufe der letzten Jahre konnte eine zunehmende Internationalisierung der organisierten Kriminalität festgestellt werden. Es hat sich gezeigt, dass Europa zu einem immer bevorzugteren Ziel von Drogenhändlern wird, zumal der amerikanische Kokainmarkt gewisse Sättigungstendenzen aufweist und in Europa höhere Preise als auf dem amerikanischen Markt zu erzielen sind. Der Zerfall des kommunistischen Blocks und die seit Anfang 1993 abgeschafften Binnengrenzen in der Europäischen Gemeinschaft dürften dazu führen, dass sich die Drogenhändler inskünftig noch **vermehrt dem europäischen Markt zuwenden**. Die in den letzten Jahren stetig angestiegenen Betäubungsmittelsicherstellungen in Europa und in der Schweiz belegen diesen Trend.

In bezug auf den Drogenhandel stellt Europa einen einheitlichen Absatzmarkt dar, so dass ein **isolierter Blick** auf die Entwicklung des Drogenhandels in der **Schweiz nicht opportun** ist. Obwohl die Schweiz vorab als Transitland für Betäubungsmitteltransporte in Erscheinung tritt, machten Ermittlungsverfahren in den vergangenen Jahren klar, dass südamerikanische Kokainhandelskartelle auch Ableger in der Schweiz haben; auch der Heroinhandel in der Schweiz liegt zunehmend in den Händen von organisierten Tätergruppierungen. Durch die grosszügig gehandhabte Asyl- und Bewilligungspraxis gegenüber Flüchtlingen aus den Krisengebieten Ex-Jugoslawiens gewann die Gruppe der Kosovo-Albaner einen dominanten Einfluss auf den Drogenhandel in der Schweiz.

## **1.9. Umweltgefahren und -risiken**

### ***Globale Umweltprobleme, industrielle Risiken und Katastrophen***

Die **Konzentration von Treibhausgasen** in der Erdatmosphäre (in erster Linie CO<sub>2</sub>) nimmt wegen der Verbrennung fossiler Energieträger weiterhin zu, und zwar mit steigender Tendenz. Experten befürchten eine Erwärmung der Erdatmosphäre mit einer Reihe schwer abschätzbarer, aber potentiell negativer Auswirkungen. Wissenschaftlich beweisbar ist der fortschreitende **Abbau der stratosphärischen Ozonschicht** durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW). Im April 1992 wiesen neue NASA-Untersuchungen eine Ausdehnung der Ozonabnahme über der nördlichen Erdhalbkugel während

## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 14

der Wintermonate nach. Weitere **Umweltprobleme mit globaler Dimension** sind die Verschmutzung und Überfischung der Weltmeere, die weiträumige Zerstörung zusammenhängender Lebensräume (Regenwälder) und die damit verbundenen Verluste von biologischer Artenvielfalt, sowie die allgemeine grenzüberschreitende Verschmutzung von Wasser und Luft. Durch Bevölkerungszunahme und technologische Eingriffe in das ökologische Gleichgewicht kommt den Trinkwasserressourcen eine nicht zu überschätzende Bedeutung zu. Nationale und ethnische Spannungen über die Wasserverteilung zeichnen sich in Nordafrika, im Mittleren Osten und in Zentralasien (Aralsee) ab.

Weiter verdichten sich die Hinweise, dass sich die Erde in einer Phase intensiver tektonischer Bewegungen befindet. Drei schwere **Erdbeben** haben 1992 katastrophale Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung gehabt: In der Türkei (15.3., 1'000 Tote, 90'000 Obdachlose), in Ägypten (12.10., 400 Tote) und in Indonesien (12.12., 2'000 Tote). Ein **tropischer Sturm** forderte auf den Philippinen 7'000 Opfer.

Global steigen auch die **technikbedingten Risiken**. Im vergangenen Jahr sind die Folgen der Herstellung von Massenvernichtungswaffen und die Risiken der Atomindustrie auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion offengelegt worden. Sicher ist, dass sich ein AKW-Unglück des Typs Tschernobyl wiederholen kann. Zur Eindämmung dieser Risiken werden nicht nur gesetzgeberische, sondern auch Anstrengungen seitens der Industrie unternommen.

### **Konferenzen und Abkommen**

Eine Reihe von internationalen Umweltabkommen sind bereits in Kraft oder beginnen eine Wirkung zu entfalten: das Montrealer Protokoll zur Kontrolle der ozonschichtabbauenden Substanzen, das Basler Abkommen über den grenzüberschreitenden Verkehr mit und die Entsorgung von Sonderabfällen sowie die Genfer Konvention über weiträumige, grenzüberschreitende Luftverschmutzung. Am 25.11.1992 wurde auf der vierten Uno-Konferenz zum Schutz der Ozonschicht in Kopenhagen das weltweite Verbot von FCKW auf 1996 vorgezogen.

1992 gipfelten die internationalen Bestrebungen zur wirkungsvollen Bekämpfung globaler Umweltprobleme zudem in der **Uno-Konferenz** über "Umwelt und Entwicklung" (**UNCED**). An der UNCED wurde zum einen eine Deklaration verabschiedet, welche die untrennbare Verknüpfung von Umwelthanliegen mit Entwicklung und Armutsbekämpfung erkennt und die gemeinsame Verantwortung aller Staaten gegenüber der globalen Umwelt und für die Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung festhält. Als Kernstück wurde auch die Agenda 21 angenommen, die Handlungsempfehlungen für praktisch alle entwicklungs- und umweltrelevanten Bereiche enthält, sowie die Gründung einer permanenten Uno-Kommission für Nachhaltige Entwicklung beschlossen. Die Texte besitzen zwar keinen verbindlichen Charakter, aber hoffentlich Symbolcharakter.

Das sicher wichtigste Ereignis 1992 war die an der Rio-Konferenz erfolgte Unterzeichnung einer Klimarahmenkonvention sowie einer Konvention zum Schutz der globalen Artenvielfalt durch jeweils über 150 Staaten. Es gilt nun dafür zu sorgen, dass die beiden rechtlich verbindlichen Konventionen möglichst schnell von genügend Staaten ratifiziert werden und in Kraft treten können und erste Massnahmen ergriffen werden. Dann sind die Arbeiten auf internationaler Ebene in vollem Gang, die Konventionen durch griffige Zusatzprotokolle zu ergänzen und zu verstärken. Durch den Administra-

## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 15

tionswechsel in Washington haben sich die Chancen verbessert, dass sich auch Amerika auf diese Leitlinien verpflichten wird.

Die Schweiz spielte bei den Verhandlungen eine aktive Rolle. Sie ist auch aktiv in der Globalen Umweltfazilität (GEF) engagiert, die als Finanzierungsmechanismus der beiden Konventionen ausgestaltet werden soll.

### **Sicherheitspolitische Konsequenzen**

Die Umweltprobleme, verstärkt durch die weiter wachsende Bevölkerungszunahme vor allem in den Entwicklungsländern, tragen ihren Teil zur Erhöhung des Konfliktpotentials und des Migrationsdruckes bei und wirken sich damit direkt und indirekt auf die sicherheitspolitische Situation der Schweiz aus. In diesem Zusammenhang kommt auch der Zusammenarbeit mit den ost- und zentraleuropäischen Staaten eine grosse Bedeutung zu (Konferenzen "Umwelt für Europa"), wo klare Prioritäten bei der Einleitung und Koordination von Massnahmen zur Behebung der dringendsten Umweltprobleme dieser Länder gesetzt werden.

## **1.10. Implikationen der Migrations- und Fluchtbewegungen**

### **Migration in Europa**

Die politischen Verhältnisse, demographischen Prozesse, ökonomischen Probleme und ökologischen Effekte sind weltweit die Ursachen für internationale Migrations- und Fluchtbewegungen, von denen **einige hundert Millionen Menschen betroffen** sind. Davon sind über **15 Millionen** Menschen Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention (UNHCR); rund **10%** hievon halten sich in **Westeuropa** auf. 1992 reichten den EG- und EFTA-Staaten 686'000 ein Asylgesuch ein (1991: 547'000).

Aufgrund der instabilen politischen und wirtschaftlichen Lage in **Ost- und Südosteuropa** wird sich der Migrationsfluss aus diesen Gebieten auch in den 90er Jahren auf hohem Niveau bewegen. Nach Meinungsumfragen in russischen Städten sind bis zu 2 Millionen fest zur Auswanderung entschlossen. 1993 dürfte zahlenmässig noch die bürgerkriegsmotivierte Zuwanderung aus Ex-Jugoslawien in die Schweiz dominieren. Sofern sich die Lage in Ost- und Südosteuropa nicht verschlechtert, wird mittel- bis langfristig jedoch die **hauptsächlich demographisch und wirtschaftlich** und nur teilweise politisch **motivierte Süd-Nord-Zuwanderung** (Nahost, Asien, Afrika) überwiegen. Der südliche und östliche Mittelmeerraum (insbesondere Maghreb und Türkei) dürfte für die Migration nach Westeuropa und in die **Schweiz an Bedeutung gewinnen**. Die kulturelle Abschottung und das Festhalten am traditionellen (teilweise militanten) Islam durch zahlreiche Personen aus diesen Herkunftsregionen werden vermehrt Integrations- und Akzeptanzprobleme schaffen.

Die **Schweiz** blieb auch 1992 ein begehrtes Einwanderungsland (die jährliche Nettoeinwanderung ist - proportional zur Bevölkerung - höher als diejenige der USA) und wird dies auf absehbare Zeit auch bleiben.



### **Asylwesen in der Schweiz**

Aufgrund der wachsenden Mobilität kommen tendenziell mehr Asylbewerber aus immer **entfernteren Regionen der Dritten Welt** in die Schweiz; 1992 insbesondere aus dem afrikanischen (Somalia, Algerien, Zaire) und dem asiatischen Raum (Sri Lanka, Pakistan, Afghanistan). Die ganz überwiegende Mehrheit aller Asylsuchenden (ca. 90%) reist illegal - meist unter Mithilfe von Schleppern - in die Schweiz ein. Die Unterzeichnung des Parallelabkommens zur **Dubliner Konvention** der EG durch die Schweiz wird dank Regelung der Zuständigkeit eines Staates für ein Asylgesuch den Asylmissbrauch ("Asyltourismus", Mehrfachgesuche in verschiedenen europäischen Staaten) nachhaltig eindämmen.

Die **Gesuchseingänge** in der Schweiz sind **1992** gegenüber dem Vorjahr um 57% auf 18'000 Gesuche **zurückgegangen**. Dies ist im wesentlichen auf eine weitere Verfahrensbeschleunigung, das "Safe Country"-Konzept der verfolgungssicheren Staaten, die gegenwärtige Arbeitsmarktlage, das dreimonatige Arbeitsverbot und andere Attraktivitätsverminderungen sowie Erschwernisse bei den traditionellen Reisewegen ("Balkan-Route") zurückzuführen. Wie in den vergangenen Jahren war auch 1992 ein sehr hoher Anteil (gegen 80% und mehr) von Gesuchstellern mit asylfremden Motiven zu verzeichnen. Die Anerkennungsrate des Bundesamtes für Flüchtlinge lag 1992 mit 4,5% etwa im europäischen Mittel von 5%. Vergleicht man die Asylbewerber- mit der Einwohnerzahl, so war die Schweiz 1991 noch mit Abstand das attraktivste europäische Zielland. Nach dem Gesuchsrückgang von 1992 rangiert die Schweiz (mit 264 Gesuchen auf 100'000 Einwohner) an dritter Stelle, nach Schweden (971) und Deutschland (549), jedoch noch vor Österreich (230). Im **Zunehmen begriffen** ist - hauptsächlich aus Ex-Jugoslawien - die Zahl der Ausländer, die sich aufgrund des ANAG oder gestützt auf Bundesratsbeschlüsse als Kriegsvertriebene, ehemalige Kriegsgefangene, Deserteure, Saisoniers und Touristen ohne Rückkehrabsicht in der Schweiz aufhalten. Gegenwärtig befinden sich legal rund 300'000 Personen aus Ex-Jugoslawien in der Schweiz. Das offiziell am 1. Januar 1993 in Kraft getretene neue russische Passgesetz, das wegen administrativer Probleme allerdings noch nicht effektiv angewendet wird, dürfte aufgrund von Engpässen bei der Ausstellung von Reisepässen sowie der hohen Reisekosten (Pass-, Visums- und Transportkosten) kaum zu einer grossen Ausreisewelle und zu einer signifikanten Zunahme der Asylgesuche von russischen Staatsangehörigen in der Schweiz führen.

## 2. Regionale Entwicklungen

### 2.1. Europäische Sicherheitsstrukturen

Die tiefgreifenden politischen Veränderungen der letzten Jahre haben zu der Notwendigkeit geführt, bestehende Bündnisse und Vertragsgemeinschaften sowie internationale Organisationen der neuen Lage anzupassen und weiterzuentwickeln. Gegenwärtig scheint es zweifelhaft, ob sich der institutionelle Rahmen der aufzubauenden europäischen Sicherheitsarchitektur mit den **vier Elementen der Nato, WEU, EG und KSZE** in naher Zukunft koordinieren lassen wird.

Die **Nato** hat mit einer neuen Definition der Bedrohung, einer neuen Nato-Strategie und einer neuen Nato-Kommando- und Streitkräftestruktur reagiert (Londoner-Gipfelerklärung, Juli 1990). Sie hat sich den ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts und den Republiken der GUS für Konsultationen angeboten und hierfür im Dezember 1991 den Nordatlantischen Kooperationsrat (NACC) geschaffen. Eines der Hauptprobleme der künftigen Nato dürften militärische Interventionen ausserhalb der Territorien der Mitgliedstaaten ("Out-of-area-Einsätze") sein. Ein weiteres Problemfeld liegt in der Fähigkeit und im Willen der einzelnen Nato-Mitgliedstaaten, genügend finanzielle Mittel und politische Kraft zu investieren.

Im **Vertrag von Maastricht** (Kapitel 5) hat die EG erstmals die klare Absicht verankert, ein sicherheitspolitisches Instrumentarium zu gründen. Der EG-Gipfel in Maastricht im Dezember 1991 markiert für die **WEU** eine Zäsur. Die künftige Aufgabe der WEU soll es sein, sich zu einem integralen Bestandteil der Europäischen Union zu entwickeln und eine Brückenfunktion zur Nato zu bilden. Zu diesem Zweck wurde an der Tagung der Aussen- und Verteidigungsminister am 20. 11. 1992 in Rom Griechenland als zehntes Vollmitglied und die Türkei, Island und Norwegen als assoziierte Mitglieder sowie Dänemark und Irland als Beobachter in die WEU aufgenommen. Um den Kontakt zur Nato und zu den EG-Institutionen zu erleichtern, wurde das Hauptquartier der WEU von London nach Brüssel verlegt und dort am 18.1.1993 formell eröffnet. Für die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten hat die WEU - in Anlehnung an den NACC - einen Konsultativrat geschaffen; im Unterschied zum NACC sind im WEU-Konsultativrat die GUS-Republiken nicht vertreten. Beim deutsch-französischen Gipfeltreffen am 21./22. 5.1992 in La Rochelle wurde die schon im Vorjahr vorbereitete Initiative zur Bildung eines Eurokorps weitergeführt und konkretisiert.

Am 9./10.7.1992 fand in Helsinki nach Abschluss des 4. **KSZE**-Folgetreffens das Gipfeltreffen von 51 Staats- und Regierungschefs statt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Charta "Herausforderung durch Wandel" verabschiedet. U.a. sollte mit ihr die sicherheitspolitische Rolle der KSZE aufgewertet werden (KSZE als Regionalorganisation der Uno und friedenserhaltende Massnahmen mit Truppen der Nato, WEU und GUS).

Die **Ergebnisse** des Ausbaus der europäischen Sicherheitsstrukturen sind **ambivalent**. Mit der Aufnahme aller Länder der ehemaligen Sowjetunion in die KSZE und in den

## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 18

NACC wurden diese Staaten zwar formell in Europa eingebunden, gleichzeitig aber die Homogenität und Beschlussfähigkeit der Institutionen vermindert. Grund für ambivalente Einschätzungen der KSZE gab auch der Kontrast zwischen den Beschlüssen des Gipfeltreffens von Helsinki und der relativen Erfolglosigkeit, bzw. dem Mangel an politischem Willen, angesichts des Krieges im ehemaligen Jugoslawien. Die WEU hat die ihr in Maastricht zugeteilte Rolle noch nicht unter Beweis gestellt. Trotz Erweiterungsplänen der EG und damit zu erwartendem Bedeutungszuwachs der WEU bleibt die Nato vorerst als unverzichtbares Instrument der europäischen Sicherheitspolitik bestehen.

## 2.2. Krieg in Ex-Jugoslawien

Als Zone verminderter Stabilität präsentierte sich der gesamte Balkanraum. Im Zentrum der internationalen Beachtung steht allerdings die Lage in den aktuellen (Bosnien-Herzegowina, Kroatien) und potentiellen (Kosovo, Sandzak, evtl. Vojvodina und Mazedonien) Konfliktzonen im ehemaligen Jugoslawien.

Durch die **Anerkennung** der ehemaligen Teilrepublik **Bosnien-Herzegowina als unabhängiger Staat im April 1992** (innerhalb der EG drängte vor allem Deutschland dazu) war eine Eskalation voraussehbar. Die westliche Staatengemeinschaft war und ist noch heute nicht in der Lage, die Souveränität dieses Staates zu garantieren.

Die kroatische und serbische Interessenkoalition dürfte ihre Kriegsziele weitgehend erreicht haben. In der Folge wird es darum gehen, diese in möglichst vollem Masse auch realpolitisch umzusetzen. Ein **Ende der Konflikte** ist aber trotz vordergündiger Verhandlungsdurchbrüche **nicht in Sicht**.

Eine **direkte militärische Intervention** von aussen in Bosnien-Herzegowina bleibt trotz des erheblichen Drucks seitens der westlichen öffentlichen Meinung sowie seitens der islamischen Welt **wenig wahrscheinlich**.

Tendenziell droht der Konflikt zu einem Religionskrieg zu werden: Das religiöse Argument wird in den Dienst einer proklamierten ethnischen Identität gestellt; die jeweilige religiöse Zugehörigkeit begünstigt **Annäherungen** (Serbiens und Griechenlands durch das gemeinsame orthodoxe Erbe), **Antagonismen** (zwischen Serben und Kroaten durch den Gegensatz romanischer und byzantinischer Welt, serbischer Verdacht auf Ränkespiele des Vatikans) und **Solidaritäten** (zwischen Bosnien und der muslimischen Welt - ein Argument, das überdies in polemischer Art und Weise von der serbischen und kroatischen Propaganda gegenüber den Muslimen ausgespielt worden ist).

Innerhalb **Serbiens** ist seit der innenpolitischen Konsolidierung durch die Wahl Milosevics bis auf weiteres kaum mit einem Macht- und damit einem Kurswechsel zu rechnen. Die internationale Ächtung und das Wirtschaftsembargo dürften - wenn sich auch die Wirtschaftslage in Serbien verschlechtert hat - den Effekt eines noch engeren Zusam-

## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 19

---

menschlusses des sich vom Ausland verraten fühlenden serbischen Volkes verstärken. Dazu trägt auch die ambivalente Haltung Russlands zunehmend bei.

Die vom serbischen Staatsterrorismus bedrängten **Kosovo-Albaner** dürften erkannt haben, dass Serbien nach einem Vorwand sucht, um eine Vertreibungskampagne bosnischen Ausmasses einzuleiten, um damit das eigentliche "Herzland" gross-serbischen Denkens auch ethnisch zu konsolidieren. Eine Eskalation in einen Bürgerkrieg dürfte durch omnipräsenten Druck zu vermeiden gesucht werden, zumal die Bereitschaft, von aussen zu intervenieren (Türkei, USA etc.), erheblich grösser scheint als in Bosnien. Ähnliches gilt für die Minderheiten in der ebenfalls von Serbien annektierten **Vojvodina**.

In **Mazedonien** wird die Instabilität durch die verschwindend kleine serbische Minderheit künstlich hochgehalten. Dazu verhindert vornehmlich Griechenland eine geordnete Aufnahme Mazedoniens in die Staatengemeinschaft. Eine derzeit kaum wahrscheinliche Intervention Serbiens in Mazedonien würde aus ethnisch-historischen Gründen sämtliche Nachbarn in den Konflikt hineinziehen.

Das wahrscheinlichste Eskalationsszenario liegt in **Kroatien**, wo das Mandat der UNPROFOR nach einer Verlängerung am 31. März 1993 ausläuft. Auf dem Spiel steht das politische Überleben der Führung beider Konfliktparteien und die Wiedergewinnung verlorenen Territoriums (Krajina).

Folgende **Risiken und Gefahren für Westeuropa** stehen zur Zeit im Vordergrund: Übergreifen der Konflikthandlungen auf Emigranten, Verzweiflungstaten (Umwelt- und anderer Terrorismus), Zunahme des Drogenhandels, religiöse Polarisierung, Weiterbestehen des Migrationsdrucks. Im übrigen Balkanraum dürfte es aber nicht zu grossflächigen Gewalthandlungen kommen.

Im Gebiet Ex-Jugoslawiens lebten 1992 über zwei Millionen **Flüchtlinge und Vertriebene**. Die **Schweiz** hat in mehreren Aktionen 5'000 Personen aufgenommen. Die Gesamtzahl aller im Moment sich **in der Schweiz befindlichen jugoslawischen Staatsangehörigen** beläuft sich auf 250'000 bis **300'000 Personen**. Ohne aussergewöhnliche Vorkommnisse ist eher mit einer Zunahme von ca. 10% zu rechnen.

### 2.3. Die Lage in Ost- und Ostmitteleuropa

Die Lage in der **Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS)** ist weiterhin durch hohe Instabilität und Unsicherheit bezüglich künftiger Entwicklung geprägt. Die GUS als künstliches Gebilde dürfte in ihrer heutigen Form kaum überleben und unaufhaltsam durch neue Formen der bi- und multilateralen Zusammenarbeit, die auch andere Staaten und Mächte einschliessen kann, abgelöst werden.

Die politische Entwicklung in der **Russischen Föderation** steht im Zeichen der Machterhaltung der derzeitigen Führung gegen extreme Kräfte des Parlaments und damit der Innenpolitik. Dabei wird Jelzin in praktisch allen Entscheiden zu Konzessionen gezwungen, die letztlich seine Position und sein Durchsetzungsvermögen unterhöheln. Aufgrund der historischen Tradition sowie dem anerzogenen Selbstverständnis werden sich deshalb kaum westliche Modelle realisieren lassen.

Das angewandte Prinzip der selektiven Chaosbewältigung ohne Gesamtperspektive dürfte trotz der sich weiter verschlechternden Gesamtsituation verhindern, dass die sozio-ökonomische Situation in Russland völlig zusammenbricht. Aussen- und sicherheitspolitisch sind bis auf weiteres alle Entscheide von der innenpolitischen Entwicklung abhängig, die zunehmend von nationalistischem Gedankengut beeinflusst wird. Auch wenn vordergründig bei Verhandlungen und Vertragsabschlüssen (Start) Fortschritte erzielt werden, muss bei der praktischen Umsetzung mit einer Rückkehr auf konservative und "traditionelle" Positionen in allen Bereichen gerechnet werden.

In der **Ukraine**, wo der Verselbständigungsprozess von der ehemaligen UdSSR am weitesten fortgeschritten sein dürfte, erscheint die politische und wirtschaftliche Stagnation verbunden mit einem noch ausgeprägteren Nationalismus. Durch die sich abzeichnende Position der Ukraine, auf Nuklearbewaffnung vorerst zu beharren und - wenn überhaupt - erst nach Zusicherung massiver sicherheitspolitischer und finanzieller Unterstützung darauf zu verzichten, gewinnt die sicherheitspolitische Lage in diesem Raum nicht an Stabilität. In den verschiedenen **weiteren Republiken** bedarf die vordergründig noch ausreichende Stabilität einer wesentlichen Festigung, zumal weiterhin bedeutende Teile der früheren Nomenklatura in die Führung und Verwaltung eingreifen.

**Gewaltsame Auseinandersetzungen** im Sinne eines Putsches auf der Ebene der Föderation oder gar der GUS sind trotz der immer wieder auftauchenden Gerüchte kaum wahrscheinlich. Dagegen könnten jederzeit neue gewaltsame Auseinandersetzungen auf **lokaler und regionaler Ebene** ausbrechen, zumal die Verselbständigung der Streitkräfte auf unterster Stufe in zunehmendem Masse zu "warlordism" führt. So zeichnen sich auch in den transkaukasischen und zentralasiatischen Konflikten kaum friedliche Lösungen ab. Das **militärische Gesamtpotential** stellt trotz signifikanten Einbussen bezüglich Präsenz, Prestige und Ressourcen jedoch weiterhin einen erheblichen Ordnungsfaktor auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR dar.

Die **Staaten Ostmitteleuropas, Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn**, sind insgesamt von einer stabilen politischen Entwicklung geprägt. Trotz den Schwierigkeiten ha-

## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 21

ben sich politische Kultur, Rechts- und Staatsverständnis und Wirtschaftsreformen in einem Ausmasse gefestigt, das mittelfristig zur Verbesserung der Lage führen könnte. Die insgesamt reibungslose Teilung der CSFR in die beiden souveränen Republiken Tschechien und Slowakei dürfte ohne signifikante Konfrontationen abgeschlossen werden. Mittels der losen **überregionalen Strukturen** (Trigonale, Zentraleuropäische Initiative) versuchen die ostmitteleuropäischen Staaten weiterhin primär sicherheitspolitische Stabilität zu vermitteln, um die wirtschafts- und sicherheitspolitische Annäherung an Westeuropa raschestmöglich voranzutreiben. **Sicherheitspolitische Risiken** stellen aber der Umweltbereich (z.B. Kernkraftwerke) oder die Minderheitenpolitik dar.

#### 2.4. Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten

Die **arabische Welt** hat immer noch nicht den Weg der Versöhnung zwischen den Grundwerten des Islams und der Hinwendung zur Moderne gefunden. Dieses Scheitern ist auch die Wurzel des Erfolgs der "fundamentalistischen" Protestbewegung. Als einzige mögliche Alternative zu den säkularen Regierungen kann sie bei der Bevölkerung mit einer zunehmenden Unterstützung rechnen. Die Ziele des Fundamentalismus werden als längerfristige Gefahr zweifellos überschätzt; trotzdem sind diese Bewegungen in den Augen mehrerer arabischer Regime Grund genug, die Zurückhaltung gegenüber einer demokratischen Öffnung zu rechtfertigen. Schliesslich leidet die arabische Welt nach wie vor unter der Entzweiung des Kuwait-Krieges.

In **Algerien** ist der Versuch der Militärs, einen neuen sozialen Konsens ausserhalb der diskreditierten FLN-Misswirtschaft zu bewerkstelligen, mit dem Tod Boudiafs im Juni 1992 gescheitert. Die neue Staatsführung mit Präsident Kafi repräsentiert erneut die alte Garde aus der Boumedienne-Ära. Ihr Wirtschaftsprogramm eröffnet kaum Aussichten auf ein Ansteigen des Lebensstandards. Angesichts der politischen Pattsituation bleibt die Streitkräfteführung der einzige Garant gegen eine weitere Destabilisierung des Landes.

Aktivistische islamische Gruppen stifteten nicht nur in Algerien, sondern auch in **Ägypten** Unruhen an, die 1992 in Gewalttätigkeiten eskalierten. Es ist schwierig, die tatsächliche Rolle ausfindig zu machen, die dabei unter Umständen die Länder der Dritten Welt spielen (Iran, Sudan etc.). In gewissen Gebieten befindet sich die koptische Minderheit in einer schwierigen Situation: In den vergangenen Monaten haben fundamentalistische Gruppen das Schicksal der bosnischen Muslime ausgenützt, um zu antichristlichen Reaktionen aufzustacheln.

Im **israelisch-arabischen Konflikt** sind die allgemeinen Umstände für einen Kompromiss günstiger denn je (Ende des Kalten Krieges, Friedenskonferenz, Regierungswechsel in Israel), obwohl die ersten Ergebnisse des Madrider Friedensprozesses nicht sehr aussagekräftig sind. Unter den positiven Hauptresultaten sind die Anerkennung des Prinzips "Frieden gegen Land" der Resolutionen 242 und 388 des Uno-Sicherheitsrates durch Israel und die Anerkennung des Sicherheitsanspruches Israels durch Syrien (und

## VERTRAULICH

Lagekonferenz: Sicherheitspolitische Standortbestimmung 1992/93

Seite 22

---

damit implizit auch das Existenzrecht Israels) zu verzeichnen. Syrien dürfte jedoch mit einer vorsichtigen Verhandlungstaktik solange wie möglich an Maximalpositionen festhalten und weiterhin - im Hinblick auf ein allfälliges Scheitern des Prozesses - Rückfallpositionen vorbereiten (u.a. Aufrüstung der Streitkräfte). Im Lager der Palästinenser gab der mangelnde Erfolg der "gemässigten" Linie von Yassir Arafat Gruppen wie der Hamas-Bewegung und anderen oppositionellen Fraktionen, die gegen eine Verhandlungslösung sind, grösseren Spielraum. Auf dem Hintergrund der Lage im Nahen Osten muss auch an das Problem der Wasserressourcen erinnert werden, das eine immer wichtigere Rolle spielt: Die Kontrollansprüche darüber könnten je länger desto mehr zu einer Konfliktquelle werden.

Am **Golf** konsolidierte Saddam Hussein seine Machtposition. Gegenüber dem Westen verfolgt er eine Taktik kurzfristiger Provokationen. Die Alliierten des Golfkrieges sehen sich gezwungen, ihre Politik der Sanktionen fortzusetzen: Denn die grösste Gefährdung für Saddam Hussein dürfte von der ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen ausgehen; die Opposition ist zu sehr zersplittert und nicht in der Lage, das gegenwärtige Regime zu stürzen.

In **Iran** hat die Regierung mit ernsthaften sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, welche die latente Gefahr zu spontanen Ausbrüchen der Unzufriedenheit in sich tragen. Mittlerweile konnte sich das Regime im Verlaufe des Jahres 1992 konsolidieren und gleichzeitig seine Rolle als hegemoniale Regionalmacht festigen. Nach Ausen hält es an einer ambivalenten Aussenpolitik fest, die einerseits von Mässigung geprägt ist und deutlich auf eine Verbesserung der Beziehungen zum Westen abzielt, andererseits im Sinne des "Revolutionsexports" jede Gelegenheit aufgreift, sich zu engagieren, wo sich die Möglichkeit eines Einflussgewinns abzeichnet; so z.B. in Zentralasien, wo Iran auf die Konkurrenz der Emissäre Riads und Ankaras trifft.

---

LAGEKONFERENZ  
Der Präsident

3003 Bern, 24. März 1993

An die Mitglieder des Bundesrates

---

Hochgeachteter Herr Bundespräsident,  
hochgeachtete Herren Bundesräte,


Abweichend von der normalen Behandlung spezifischer Themen hat es die Lagekonferenz kürzlich unternommen, eine **Standortbestimmung der sicherheitspolitischen Lage** vorzunehmen, wie sie sich aus den internationalen Entwicklungen der letzten Monate ergeben hat. Sie hat ausserdem versucht, **die sich für die Schweiz ergebenden wichtigsten Perspektiven** in Kürze herauszukristallisieren. Sie finden in der Beilage das Ergebnis dieser Diskussionen, woran neben den üblichen Teilnehmern der Lagekonferenz auch Spezialisten des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft, und das Bundesamt für Flüchtlinge beteiligt waren.

Der raschen Orientierung dienen die ersten beiden Seiten "Sicherheitspolitische Perspektiven für die Schweiz". Die übrigen Ausführungen, "Allgemeine Entwicklungen" und "Regionale Entwicklungen", dienen der Hintergrundinformation und zeigen, worauf sich die "Perspektiven" abstützen.

**Gesamthaft gesehen ergibt die Beurteilung keine Lageveränderungen, die für unser Land wesentlich neue Aspekte gebracht hätten. Die bisherigen Probleme bestehen aber weiter und zeigen auf der ganzen Linie eher die Tendenz, sich zu verschärfen.**

Ohne Ihren Einwand werden wir, nach der üblichen Überprüfung durch die Bundeskanzlei, diesen Rapport nächste Woche auch den aussenstehenden Empfängern der Berichte der Lagekonferenz zustellen. Wir empfehlen ausserdem die Zustellung auch an die Mitglieder der Sicherheitspolitischen Kommissionen des Parlamentes.

LAGEKONFERENZ  
Der Präsident



Hansheiri Dahinden

Beilage deutsch und französisch